

Antrag für die Bezirksbeiratssitzung am 18.2.08
Antragsteller :SPD-Bezirksbeiratsfraktion Birkach und Plieningen
Betrifft: Mobilfunkstrahlungen in Stuttgart

Antrag:

Der Bezirksbeirat fordert die Stadt Stuttgart auf, sich für folgendes Programm zur Reduzierung der Strahlenbelastung durch Mobilfunkmasten im Interesse der Wohnbevölkerung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen einzusetzen:

1. Erstellen einer Strahlenkarte von Stuttgart zur Feststellung der tatsächlichen Belastungen .
2. Absenken der Strahlenbelastung in Stuttgart durch eine integrierte Netzplanung
3. Einhalten von Sicherheitsabständen zu Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern
4. Baustopp für neue UMTS und Tetraanlagen(Funksystem für die Polizei)
5. Die aktuellen Grenzwerte sind anhand der einschlägigen medizinischen Untersuchungen zur Strahlenbelastung zu reduzieren. Hierbei sind auch die Erfahrungen und Untersuchungen aus Nachbarländern wie Österreich zu berücksichtigen.
6. Aufklärung von Eltern, Kindern und Jugendlichen über den verantwortungsvollen Umgang mit Handys, DECT-Telefonen und WLAN durch die Schul- und Gesundheitsbehörden.

Begründung:

Die Bewohner der Stadt Stuttgart, die in den Hauptstrahlrichtungen der 800 Masten im Stadtgebiet wohnen, sind Strahlenbelastungen ausgesetzt, die die Vorsorgewerte anderer Länder bei weitem überschreiten. Der in Deutschland gültige Grenzwert ist vergleichsweise zu anderen Ländern hoch und bezieht sich nicht auf die biologisch-medizinische Wirkungen der Strahlungen, sondern nur auf die Erwärmung (thermische Effekte). Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Dauerstrahlung Leukämie und Krebs auslösen kann und die Strahlungen besonders schädlich für Kinder, Kranke und alte Menschen sind.

Im September 2007 warnte die Europäische Umweltagentur der EU, dass Mobilfunk so gefährlich wie Asbest sei.

Es bleibt festzustellen, dass keine Bauverordnung oder ein sonstiges Gesetz die vielfältige Dauerbestrahlung der Bevölkerung einschränkt.

Übrigens die Versicherungswirtschaft gewährt den Mobilfunkbetreibern keinen Versicherungsschutz, weil die Risiken unkalkulierbar sind.

Unterschrift : Gerd Hütter Stgt. 17.2.08

Bemerkung: Der Antrag ist im Punkt 1 einstimmig angenommen worden, die Punkte 2,3,5 und 6 an den Gemeinderat , Ausschuss Mobilfunk überwiesen worden, der Punkt 4 strittig und nach Abstimmung gestrichen worden.

